

Positionspapier der AG Jugendhilfeverbundsystem im Landkreis Bautzen

Die von der Sächsischen Landesregierung geplante Kürzung der Jugendpauschale von 14,70 € auf 10,40 € pro Kind und Jugendlichen, der Kahlschlag bei den Freiwilligendiensten sowie in der Ehrenamtsförderung widerspricht dem Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Landesregierung sowie allen bislang von ihr dazu getroffenen Aussagen. Kürzungen bei den Zukunftschancen junger Menschen sind nicht nur jugendpolitisch das falsche Signal. Sie stellen die Aufkündigung eines über lange Jahre gewachsenen Konsenses in der Jugendpolitik in Sachsen dar.

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfeverbundsystem des Landkreises Bautzen fordert die Rücknahme der Kürzungen in der avisierten Größenordnung. Wir rufen die Landespolitik dazu auf, gerade in Krisenzeiten fachlich fundierte und transparent erarbeitete Entscheidungen zu treffen, die auch der örtlichen Ebene eine mittelfristige Planungssicherheit geben. Landkreise, Kommunen und Freie Träger haben bisher diese Prozesse engagiert gestaltet und haben es in keiner Weise verdient, dass ihnen mit Ignoranz und Geringschätzung begegnet wird. Nicht nur der Inhalt der Entscheidungen – sondern vor allem die Art und Weise der Kommunikation stellt einen Vertrauensbruch dar und hat so bereits jetzt zur Demotivation tausender in diesen Arbeitsfeldern tätiger und engagierter Bürgerinnen und Bürger geführt. Dieser seit 1990 schwerwiegendste Eingriff in die Jugendhilfelandchaft in Sachsen wurde mit keiner der von den geplanten Kürzungen betroffenen Ebenen vorabgestimmt bzw. diskutiert: nicht mit dem Landesjugendhilfeausschuss, nicht mit den Landkreisen und Kommunen, nicht mit den Dachverbänden und nicht mit den vor Ort mit der Leistungserbringung beauftragten Freien Trägern der Jugendhilfe. Eine solche Verfahrensweise ist nicht akzeptabel und wirft die Frage nach dem Selbstverständnis der Verantwortlichen auf. Der Jugendhilfe als einem System, in dem sich die bereitgestellten Landesmittel durch regionale und lokale Kofinanzierung so stark multiplizieren, wie in kaum einem anderen, wird mit solchen Entscheidungen der Boden entzogen.

In der Folge wird auch die verantwortungsvolle Jugendhilfeplanung und Beschlussfassung im Landkreis Bautzen in eine groteske Situation gedrängt: sie verliert unverschuldet ihre Glaubwürdigkeit. Regionale Jugendpolitik gerät auf diese Weise in die Gefahr, zu einer Posse zu verkommen und in Teilen willkürlicher Entscheidungen des Freistaates zu unterliegen. Vertrauen gewinnt Politik aber durch Berechenbarkeit und nicht durch Willkür. Klare Aussagen zur Wichtigkeit und Förderung von Kindern und Jugendlichen im Freistaat können bei immer wieder auftretenden finanziellen Engpässen nicht immer wieder einfach beiseite geschoben werden.

Die ausreichende Förderung von Kindern und Jugendlichen unterliegt nicht der Freiwilligkeit ministerieller Entscheidungen, sondern ist verfassungsmäßige Pflicht. Hier ist als Grundlage von Entscheidungen der Nachweis zu führen, inwieweit sich Bedarfslagen, die noch bis vor wenigen Tagen als förderfähig und förderwürdig galten, ganz plötzlich um ein Drittel abgesenkt werden sollen. Jedem ist klar, dass dies in Bezug auf die politische Gestaltungsverantwortung der Landespolitik einer Bankrotterklärung gleichkommt. Auch für Kommunen, die sich über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus freiwillig engagieren, ist dieses Handeln der Staatsregierung eine Ohrfeige.

Wir bewerten die avisierten Entscheidungen als einen Angriff auf die Bürgergesellschaft.

Immer deutlicher wird, dass die Bürgerschaft die Rechnung für Fahrlässigkeit, Verantwortungslosigkeit, mangelnde Kontrolle und politisches Versagen im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zahlen soll. Darüber hinaus sehen wir bei den Potenzialen für die Krisenbewältigung die Verhältnismäßigkeit zu anderen Bereichen nicht gewahrt. Trotz allgemeiner Finanznot scheint es immer genügend Geld für Kostenexplosionen im dreistelligen Millionenbereich bei Prestigeprojekten mit fragwürdigen Effekten (z. B. City-Tunnel Leipzig) zu geben. Dies lässt den Einsparerfolg bei Kürzungen im Sozialressort auffällig gering erscheinen – unter Inkaufnahme eines sachsenweiten Kahlschlags in der Jugendhilfe.

In Bezug auf das Interview der Sozialministerin Claus vom 25. Februar 2010 (Sächsische Zeitung) unterstützen wir deren Aussage, dass *jeder* seine Hausaufgaben zu machen hat – dennoch gilt auch hier, dass das (unkritische) Abschreiben von Anderen (und sei es das Finanzministerium) mit ungenügend bewertet wird. Die scheinbare Gleichbehandlung hat vor dem Hintergrund vielfältiger Organisations- und Betriebsformen in der Jugendhilfe sehr unterschiedliche Auswirkungen. Sie führt insbesondere bei kleinen Strukturen sehr schnell zum vollständigen Wegfall von Angeboten und Leistungen bis hin zur Insolvenz, vor allem durch bestehende vertragliche Bindungen im laufenden Jahr.

Bei der Umsetzung *unvermeidlicher* Kürzungen erwarten wir von den Ministerien differenzierte Entscheidungen auf der Grundlage fachlicher Prioritäten und keine pauschalisierte Schwächung aller Akteure.

Für konstruktive Gespräche und die Entwicklung zukunftsfähiger Ansätze bieten wir nach wie vor unsere Mitwirkung an.

Bautzen, am 03. März 2010

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Tilo Moritz', written in a cursive style.

Tilo Moritz, 1. Sprecher der AG Jugendhilfeverbundsystem

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Th. Kadenbach', written in a cursive style.

Thomas Kadenbach, 2. Sprecher der AG Jugendhilfeverbundsystem

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfeverbundsystem im Landkreis Bautzen organisiert die partnerschaftliche Erarbeitung der Jugendhilfeplanung im Zusammenwirken von Öffentlichem Träger, Freien Trägern sowie Vertretern von Städten und Gemeinden. Sie unterstützt deren sozialraumorientierte Umsetzung und bedarfsgerechte Fortschreibung. Hierbei engagieren sich ca. 280 Bürgerinnen und Bürger auf haupt- und ehrenamtlicher Basis.